Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-74088

Visual Library

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 258. Westerstede, Dienstag den 4. November 1919. 59. Jahrgang.

Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß.

CB. Berlin, 31. Oktober.

Die vierte öffentliche Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses findet im großen Saale des Hauptausschusses statt — der größten Räumlichkeit des Reichstags nach dem Wenarsitzungssaal. Trotzdem ist auch dieser Saal überfüllt. Das äußere Bild ist das gleiche wie in den drei ersten Sitzungen, nur tritt heute nicht mehr Graf Bernstorff, der ehemalige Botschafter, sondern v. Bethmann Hollweg, der frühere Reichskanzler, als Zeuge auf. Mit ihm ist sein früherer Unterstaatssekretär Wahnschaffe erschienen. Der Vizekanzler a. D. Dr. Helfferich ist wieder zur Stelle, neben ihm sitzt der ehemalige Staatssekretär der Marine v. Capelle. Der Zuschauerraum ist überfüllt, weil sich auch zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung als Zuhörer eingefunden haben.

•

Verhandlungsbericht.

Um 10¼ Uhr eröffnet der Vorsitzende Abg. Warmuth die Sitzung. Herr v. Bethmann Hollweg wird vereidigt. Der Vorsitzende teilt dem früheren Reichskanzler das „Beweisthema" mit: Es handle sich besonders um

drei Einzelfragen,

deren Beantwortung für den Ausschuß von Bedeutung sei Diese Fragen lauten:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte erfolgt, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?

2. Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar a) nichtöffentlich auf seine Note vom 21. Dezember, b) auch nicht vertraulich trotz des Ersuchens des Obersten House und Lansings?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges gegeben, von dem sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Der Vorsitzende fährt fort: Bei der Beantwortung wird es darauf ankommen, zu erklären, ob Sie die von Wilson angebotene Friedensvermittlung als von ihm ernst gemeint ansahen und wenn nicht, welche bestimmten Gründe Sie für die gegenteilige Annahme hatten. Hat die Oberste Land- und Seekriegsleitung, gegen die Wilson ihre Absichten gewirkt? Welche Gründe hatte diese Leitung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und für seine Inangriffnahme zu dem bestimmten Zeitpunkt ins Feld zu führen?

Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg:

Nachdem wir schon in der ersten Periode, die der Berichterstatter umgrenzt hat, durch allgemeine Besprechungen über Friedensmöglichkeiten etwa der amerikanischen Regierung dokumentiert hatten, daß wir zu Verhandlungen bereit waren, hat mit dem Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziele eingesetzt, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge.

Unser Wunsch ging dahin, daß Wilson die Entente an den Verhandlungstisch bringen sollte.

Glückte dies, dann sollten die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Kriegführenden von diesen allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter Teilnahme Wilsons allgemeine internationale Fragen, wie über die Freiheit der Meere, die Abrüstung, die Schiedsgerichte usw. erörtert werden. Mit diesen Modalitäten war der Präsident Wilson einverstanden. Es hat sogar eine andere Tätigkeit für sich überhaupt nicht beansprucht.

Der erste kritische Punkt

fällt mit dem Friedensangebot zusammen. Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuklären, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Wilson einen Friedensappell an die Entente richten würde. Hierzu bemerke ich: Den Friedensappell, den Wilson erlassen wollte, traf in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten, geschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht. Der klare und unwiderlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten noch sie beeinflußt hat. Ich komme nun zu den Motiven, die uns veranlaßt haben, zu

einem eigenen Friedensangebot

zu kommen, ohne die erwartete Friedensaktion Wilsons abzuwarten. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß dem Präsidenten Wilson mit dem Inaussichtstellen der Friedensaktion nicht ernst gewesen sei. Es lag aber doch für das Urteil der Berliner Zentrale eine lange Tatsachenreihe vor, die es zweifelhaft machen mußte, ob und wann er glauben würde, seinen Entschluß überhaupt ausführen zu können. Was die persönliche Seite anlangt, so lag nach dem Bericht des Grafen Bernstorff in seinem Charakter

ein gewisser zaudernder Zug.

Nach unsern Berichten sind gerade Ende Dezember 1916 auch neutrale Staatsmänner im Zweifel darüber gewesen, ob der Präsident ernsthaft an den Frieden dächte. Freundliche Gesinnung für Deutschland hat er, wie Herr Clemenceau deutlich feierlich im Senat bekundet hat, nicht gehabt. Über die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen mag man vom völkerrechtlichen Standpunkt denken wie man will, tatsächlich bedeuteten sie eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre. Als der rumänische Beistand zu unseren Gunsten entschieden war, waren bei uns alle Vorbereitungen getroffen, unser Friedensangebot herauszulassen. Wir verfügten über seinen unkontrollierten Verkehr mit Washington. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington berührte im wesentlichen auf völkerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Die Gesamtheit dieser Momente gestattete mir nicht, der Grundauffassung des Grafen Bernstorff in vollem Umfange zu folgen. Vor dem amerikanischen Senat hat Präsident Wilson feierlich seine Überzeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn uns ereignisse keine Gewaltakten amerikanischen Bürgern vorgekommen wären. Für die Veröffentlichung des Friedensangebots der Mittelmächte gerade am 12. Dezember sprach zunächst die Rücksicht auf die von Baron Burian geltend gemachte Überzeugung, daß eine öffentlich dokumentierte Friedensbereitschaft der Mittelmächte die Stimmung in Österreich-Ungarn heben würde selbst dann, wenn die Feinde das Angebot ablehnten. Bei uns in Deutschland hatte sich die Kluft zwischen Annexionisten und deren Gegner immer mehr erweitert und vertieft. In meinen Reden in amtlichen Erklärungen habe ich wiederholt den Verteidigungscharakter des Krieges unterstrichen, und der leidenschaftliche Haß, mit dem mich die Annexionisten verfolgten, konnte keinen Zweifel über meine Stellung aufkommen lassen. Ich war der Auffassung, daß der Friede nur erreicht werden könne

durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker,

bei denen überall die Kriegs- und Haßstimmung geschürt wurde. Die Maschinerie der Haßstimmung lähmte bei uns wie bei den andern Mächten die Bewegungsfreiheit der Regierungen. Ich habe das sehr frühzeitig erkannt und dem Kaiser gesagt, der dafür volles Verständnis hatte. Ich wollte immer auf den Friedenswillen der Minderheiten in den andern Ländern wirken. Es ist vergeblich geblieben. Redner kommt auf die damaligen innerpolitischen Vorgänge in England zu sprechen und sagt: Bei unserm Friedensangebot war mit ausschlagebend, daß im englischen Kabinett in der Friedensfrage verschiedene Strömungen miteinander rangen. Ähnlich lagen die Dinge in Rußland. Nun gebe ich zu, daß wir mit dem Friedensangebot eventuell bis nach dem Friedensschritt des Präsidenten Wilson hätten warten können; aber abgesehen von der Unsicherheit, ob der nach den bisherigen Erfahrungen mit Wilson die Berliner Regierung immerhin berechtigt war, war bei uns das Hauptmoment das Bestreben, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken. Wir glaubten, daß die Wirkung mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember besser sein würde, als bei dem Schritt des Präsidenten Wilson. Unseren Feinden war das Angebot unbequem, man sprach von einer Falle und setzte die Zensur in Bewegung. Das Angebot sollte totgeschwiegen werden. Es war doch möglich, daß die Antwort der Alliierten unter einem starken Druck von uns so ausfallen konnte, daß es uns möglich gewesen wäre, den Faden weiter zu spinnen und auch die widerstrebenden Regierungen an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Wirkung des Angebots wurde allerdings beeinträchtigt durch die Form, die von dem Bestreben diktiert war, unsere militärische Lage nicht schwach erscheinen zu lassen. Diese Form war ein

Kompromiß der militärischen und politischen Stellen.

Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich durch eine Verbindung des Parlamentes mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestürzt wurde, als sich mir zum erstenmal die Möglichkeit bot, meine politische Linie mit einer Mehrheit des Parlamentes weiterhin wirksam zu verfolgen. Bekanntlich habe ich nur die Umstände, unter denen die Friedensresolution zustande gekommen war. Wir standen militärisch nicht gerade auf der Höhe, und dann wurde sie verquickt mit sensationellen Feststellungen über Fehlschläge im U-Boot-Krieg, die fast panikartig gewirkt hatten. Und schließlich war sie begleitet mit dem offenkundigen Sieg der Militärpartei über die gemäßigte Politik des Reichskanzlers. Ich fasse zusammen:

Das Ob und das Wann eines Wilsonschen Friedensschrittes erschien der Berliner Zentrale zweifelhaft. Sie lag, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzudringen, den Weg eines öffentlichen Friedensangebotes vor.

Es folgte eine völlig eindeutige Absage. Der Ton der Note war schroff und beleidigend. Ich wußte nicht, daß damals irgendeine maßgebende Stelle bei uns darin eine Möglichkeit zu Verhandlungen gesehen hätte. Die allgemeine Auffassung war die Verneinung jedes Verständigungswillens. Dazwischen hatten wir die Friedensnote Wilsons dahin beantwortet, daß wir die Anregung warm begrüßten. Eine öffentliche Diskussion der beiderseitigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft feststand, wäre eine Prozedur gewesen, die eine etwaige Verhandlungsbereitschaft vernichtet haben würde. Den Beweis dafür hat die Entente mit der Aufzählung ihrer Kriegsziele bei Beantwortung der Note gegeben. Nichts war geeigneter, die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens in weite Ferne zu rücken, als dieser

Vernichtungs- und Zertrümmerungskatalog.

Nun wird gefragt, warum wir unsere Bedingungen nicht rechtzeitig nach Washington mitgeteilt hätten. Wir sind damals nicht nach den Friedensbedingungen gefragt worden. Bernstorff gab uns, als für Wilson wesentlich die allgemeinen Friedensgarantien an: Abrüstung, Schiedsgericht usw. Wir haben darauf, wie auch Wilson anerkannt, entgegenkommend geantwortet. Erst im Augenblick, wo sich Verhandlungsmöglichkeiten boten, konnte nach der Gesamtlage entschieden werden, auf welcher Basis man verhandeln wollte. Das war die einfache Konsequenz davon, daß wir im Daseinskampfe standen und einen Koalitionskrieg führten, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. **Verhandlungsmöglichkeiten auf einer Basis, die das deutsche Volk angenommen hätte, haben sich bis dahin niemals geboten. Hätten unsere Feinde im Winter 1916/17 ernsthafte Verhandlungsbereitschaft gezeigt,** dann wäre es an der Zeit gewesen, sich ein Bild von dem Erreichbaren zu machen und endgültige Entschlüsse zu fassen.

Die Situation im Januar, als der unbeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte sich stark, England bis zur neuen Ernte friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der U-Boot-Krieg begönne. Die Oberste Heeresleitung verlangte den U-Boot-Krieg mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel.

Der Glaube an den Erfolg des U-Boot-Krieges war bei einem großen Teil des Volkes so stark und fest, daß man mich, von dem man wußte, daß ich ihn nicht teilte (mit erhobener Stimme) unterirdisch mit den infamsten Verleumdungen bekämpfte. Der überwiegende Teil der Presse hatte mit Hochdruck in demselben Sinne gewirkt. Wiederholte Anläufe, die Presse zu zügeln, waren ohne besonderen Erfolg geblieben, weil der U-Boot-Krieg nicht nur von der Armee und der Marine, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages getragen wurde. Das Zentrum hatte erklärt, daß ich zwar dem Reichstage gegenüber allein verantwortlich sei, daß aber meine Entscheidung sich wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. Falle diese Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so dürfe ich des Einverständnisses des Reichstages sicher sein. Der Reichstag folgte der Obersten Heeresleitung. Nachdem die Konservativen und Nationalliberalen schon vorher unbedingt dafür gewesen waren, war

der parlamentarische Ring geschlossen.

(Bewegung.) Es handelte sich um die Anwendung eines Kriegsmittels, das notwendig zum Bruch mit Amerika, möglicherweise zum Konflikt mit anderen Neutralen führen mußte. Ein solches Kriegsmittel konnte nur auf Antrag der Obersten Heeresleitung in Anwendung kommen. Die Oberste Heeresleitung hat im Kriege diesen Standpunkt immer scharf vertreten.

Herr v. Bethmann Hollweg verliest ein Schreiben der Obersten Heeresleitung vom 26. Dezember 1916, in dem erklärt wird, daß die Oberste Heeresleitung dafür sorgen werde, daß militärisch das geschieht, was sie für richtig hält. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab hatten beschlossen, den U-Boot-Krieg zu machen. Der Kaiser stand auf ihrer Seite.

Gegen das Jahr 1916, wo ich den U-Boot-Krieg verhindert hatte, hatte sich die Lage von Grund auf verändert. Damals habe ich durchdringen können, weil u. a. am 1. März nur 35 Groß-U-Boote zur Verfügung standen. Jetzt war die Zahl größer. Dazu kam, daß bei der geringen Weiternte ein Gelingen plausibler erschien. Ausschlaggebend war, daß Hindenburg und Ludendorff dafür waren. Erklärten sie sich stark genug, alle Folgen bis zum Eintritt der Wirkung des U-Boot-Krieges zu tragen, auch den Bruch mit Amerika, dann konnte ich nur widersprechen, wenn ich mich auf ausschlaggebende Gründe stützen konnte. Hatte ich einen solchen Grund? Der Admiralstab hatte den vorausgesehenen Erfolg aufgebaut auf detaillierten Berechnungen von Männern, die sich selbst für volkswirtschaftliche Autoritäten hielten. (weiterheit.) Diese Berechnungen hatten natürlich keine Beweiskraft. Ich konnte aber auch nicht die Grundlosigkeit des U-Boot-Krieges nachweisen. Sowohl die Führung wie die Unterlassung des U-Boot-Krieges waren ein Experiment. 1917 war die Lage ganz anders als früher. Rumänien war erledigt, und im Westen war größere Sicherheit geschaffen. Aber auch der entschlossenste Siegeswille konnte das brutale Faktum nicht aus der Welt schaffen, daß, gegenüber dem andauernden Anwachsen der feindlichen Übermacht

unser Menschenersatz abnahm

und unter der Wirkung der Blockade schlechter wurde (Bewegung). Es handele sich also um ein Kriegsmittel, das von mächtigen Autoritäten und mit solchen Gründen gefordert wurde, die von der großen Masse des Volkes in der Heimat und in den Schützengräben geteilt wurden. Mein Rücktritt wäre am 9. Januar eine einfache und bequeme Maßnahme gewesen. Hätte ich annehmen können, daß ich durch mein Ausscheiden der in mir persönlich bekämpften Politik der Regierung irgendeinen Gewinn hätte schaffen können, ich hätte keinen Augenblick gezögert. Der telegraphische Verkehr mit der Obersten Heeresleitung konnte mir keinen Zweifel lassen, daß von ihrer Seite der

rücksichtslose Einsatz der U-Boote

mit allergrößter Entschlossenheit betrieben wurde. Dies wurde in einem Telegramm Ludendorffs klar ausgesprochen, wobei er auf Grund seiner persönlichen Eindrücke an der Westfront die Ansicht aussprach, daß der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen möge. Alsdann kam ein Telegramm vom Feldmarschall. Der Feldmarschall hielt das Wilsonsche Angebot als von England hervorgerufen, wir könnten aus nationalen Gründen und mit Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf nicht eingehen. Mit starken Worten wies das Telegramm auf die Stimmung in der Armee hin, die den rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte erwarte. Auf meine nicht zustimmende Antwort kam ein schroffes Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmarschall setzte sein volles Verantwortlichkeitsgefühl ein, vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht treten dürfe. Die Oberste Heeresleitung war entschlossen, es auch mit Amerika aufzunehmen. Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden. Selbst der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Votum Hindenburgs zu halten.

Die U-Boot-Hypnose

war eine Versündigung an dem Volke. Vielleicht ist bei uns dem militärischen Übergewicht nicht rechtzeitig und energisch genug Widerstand geleistet worden. Vielleicht hätte ein Mann von der Qualität und Autorität eines Bismarck die Fähigkeit besessen, auch in solcher Lage die Einheitlichkeit der Führung zu erzielen. Nach unserem namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist, weil wir alle gesündigt haben, übernehme ich es nicht, die Schuld auf andere

Landesbibliothek Oldenburg

abzuwälzen. Nachdem Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresverwaltung berufen war, hat sich alles der militärischen Autorität gefügt.

Es muß ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gesetzliche Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung (mit stark erhobener Stimme) **gewollt hat.**

Wer die historische Wahrheit feststellen will, der wird weder diejenigen, die die Widerstände nicht zu beseitigen vermochten, noch die Träger dieser Widerstände anklagen können, ohne die aus der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Neutralität zu berücksichtigen. Bernstorff telegraphierte erst am 28. Januar, daß Wilson den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe. Er bäte deshalb den U-Boot-Krieg aufzuschieben. Die Admiralität wies dieses Verlangen ab. Mir blieb nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufgeben des U-Boot-Krieges zuzusagen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für die Friedensbedingungen zu erteilen.

Nun tritt eine Pause ein. Die Verhandlungen sollen in einer Abendsitzung fortgesetzt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Der Ruf nach dem Reichskohlendiktator.** In einer Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister in Stuttgart wurden im Hinblick auf die gefährdete Brennstoffversorgung Süddeutschlands gleichmäßige Sparmaßnahmen für das ganze Reich, wie Verkürzung der Polizeistunde, Einschränkung der Beleuchtung der Straßen und Vergnügungslokale, Verbot der Abgabe von Güterwagen an Private, Verhandlungen mit der Entente wegen Freigabe des Rheinschiffverkehrs zur Nachtzeit usw. verlangt. Zur Durchführung der Maßnahmen solle ein Reichsdiktator, wofür General Groener vorgeschlagen wurde, eingesetzt werden.

✣ **Freigabe beschlagnahmter deutscher Schiffe.** Die am 9. Oktober von den Alliierten beschlagnahmten, nach Libau eingebrachten Bremer Seeleichter Nr. 134 und 160 des Norddeutschen Lloyd mit ihrem Schlepper „Mercur" sind in Pillau eingetroffen. Sie bringen etwa 1200 Tonnen Kohlen für Königsberg. Den Schiffen wurde am 28. Oktober in Libau von dem englischen Befehlshaber mitgeteilt, daß die Beschlagnahme aufgehoben sei, und sie ihren Bestimmungsort aufsuchen dürften.

✣ **Der englische Oberkommissar für Danzig.** Zum englischen Oberkommissar für Danzig ist Sir Reginald Tower ernannt worden. Tower hat zwar in Heidelberg studiert, gilt aber als entschieden deutschfeindlich. Er hat sich besonders auf dem berüchtigten Gebiete der „schwarzen Listen" betätigt und zwar als Gesandter in Buenos Aires.

✣ **Das bayerische Zentrum und die Revolutionsfeiern.** Die bayerische Zentrumspresse lehnt in einem Aufruf die Feier des 9. November als gesetzlichen Feiertag entschieden ab. Sie schreibt: „Wir verwerfen den Umsturz auf das entschiedenste und dies heute um so mehr, als wir schon die Früchte der Stunde überblicken können, in der das bayerische Volk zuerst seinem alten, in allen Landen gepriesenen „In Treue fest" untreu wurde. Der 7. November ist in Bayern ein Tag des Treubruches, der 9. steht aber auch unter dem Zeichen des außenpolitischen Zusammenbruches."

✣ **Die internationale Arbeiterkonferenz** in Washington wurde unter dem Vorsitz des amerikanischen Arbeitersekretärs Wilson eröffnet. Die belgische Abordnung bei der internationalen Arbeiterkonferenz hat sich zugunsten der Zulassung der deutschen und der österreichischen Abgeordneten ausgesprochen. Die belgische Regierung hat ihre Zustimmung zu diesem Beschluß gegeben. Unter den Delegierten befanden sich die Vertreter von 36 Ländern. Die Botschafter und Gesandten zahlreicher Länder nahmen Ehrenplätze zu beiden Seiten der Präsidententribüne ein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Als Nachfolger für den zurückgetretenen Reichsgerichtspräsidenten Freiherrn v. Seckendorff wird vom Reichsrat der Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Heinrich Delbrück vorgeschlagen.

London. Bonar Law erklärte im Unterhause, daß er die vollständige Ratifikation des Friedensvertrages und das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht vor Februar oder März 1920 erwarte.

Maßnahmen gegen die Baltikum-Truppen.

Fahnenfluchtserklärung!

Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind und das Verhalten zahlreicher Truppenteile zu den schärfsten Maßnahmen zwingt, den Beschluß gefaßt, daß sämtliche Truppen, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden. Sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch selbstverständlich alle Versorgungsansprüche.

Diese Maßnahmen sind unverzüglich nach dem Eintreffen des aus dem Baltikum zurückgekehrten deutschen Gesandten für Litauen, Freiherrn v. Maltzahn, getroffen worden, nach dessen Bericht die Verhältnisse im Baltikum höchst unerfreulich sind. Nach den Darstellungen des Freiherrn v. Maltzahn sind von den rund 40 000 Mann, die in Kurland kämpften, nur etwa 5000 bis 6000, überwiegend technische Truppen, Bäckereikolonnen und Intendanturmannschaften, den Befehlen der Regierung nachgekommen, der Rest, 34- bis 35 000 Mann, ist zu den Russen übergegangen. Das Freikorps Diebitsch in Litauen, das ungefähr 6000 Mann zählt, war zwar ursprünglich bereit, sich den Anordnungen der Regierung zu fügen, wartete dann aber die eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen mit den Litauern nicht ab, sondern nahm einige örtliche Bränkeleien zum Anlaß, um in Litauen zu bleiben.

Der Kampf um Petersburg.

Gegenstoß der Bolschewisten.

Wie gemeldet wird, nehmen an der Petersburger Front die Gefechte an Heftigkeit zu. Die Bolschewiken greifen mit überlegenen Kräften an und werden Panzerfahrzeuge und Tanks an. Die Nordwestarmee meldet örtliche Fortschritte, 3000 Gefangene und Erbeutung zahlreicher Maschinengewehre. Eine Klärung der militärischen Lage wird in den nächsten Tagen erwartet. Die englische Flotte griff erneut Kronstadt und Krasnaja Gorka an.

Unruhen in Ägypten.

Verstärkung der britischen Militärmacht.

Über die neuen Unruhen in Ägypten wird gemeldet, daß eine ansehnliche britische Infanterie- und Kavallerietruppe zur Unterstützung der ägyptischen Polizei eingesetzt werden mußte. Es wurden während der Unruhen 30 Polizeioffiziere und Beamte verwundet. Etwa 60 Aufrührer wurden verletzt und einige davon getötet. Zahlreiche englische Soldaten wurden auf Lastkraftwagen mit Steinen beworfen. Wie ein Blatt meldet, seien an den Unruhen die Führer der Nationalpartei schuld, die in den Moscheen und in den Blättern die eingeborene Bevölkerung aufhetzten. Der Streik auf den Bahnen dauerte zwölf Stunden. Nur ein Teil des Personals trat in den Ausstand.

Arbeitsfreudige Schiffer.

Düsseldorf. Ebenso wie die süddeutschen haben auch die westdeutschen Rheinschiffer beschlossen, zur Linderung der Kohlennot täglich zwei Überstunden zu leisten und im November auf die Sonntagsruhe zu verzichten.

Austausch Finmes gegen Tirol.

Paris. Man berät jetzt hier ein neues Projekt, das dahin geht, den Italienern Fiume zu überlassen, wenn diese dafür auf den Besitz Tirols verzichten.

Sowjetrußland zum Frieden bereit.

Amsterdam. Aus Moskau wird gemeldet, daß Kamenew in einer Rede gesagt hat, daß die Sowjetregierung nichts sehnlicher wünsche, als zum Frieden mit den baltischen Republiken zu kommen. Sie bedaure auf das lebhafteste, daß die Republiken sogar Judenitsch helfen, gegen Petersburg vorzugehen.

Die Regierung der Republik Irland.

Dublin. Trotz des Verbotes der englischen Regierung haben die Sinnfeiner eine geheime Versammlung abgehalten und in dieser die Regierung der „Republik Irland" gewählt.

Hoover als Präsidentschaftskandidat.

Newyork. In republikanischen Kreisen besteht der Plan, den Nahrungsmitteldiktator Hoover als Wilsons Nachfolger in der Präsidentschaft aufzustellen. Hoover ist bereit, die Wahl anzunehmen.

Berlin. Die Technische Nothilfe teilt mit: Im Gegensatz zu andern Meldungen ist zu betonen, daß die Grube „Leopold" in Bitterfeld bereits unmittelbar vor dem Ersaufen stand, als die technischen Nothelfer dort eintrafen. Die Stadt Bitterfeld war ohne Licht und Kraft. Die Arbeiter hatten nicht einmal die notwendigsten Notlandsarbeiten ausgeführt. Das Eingreifen der Technischen Nothilfe ging reibungslos vonstatten.

Kowno. Zwischen den deutschen und litauischen Behörden ist eine Vereinbarung über folgende Punkte zustande gekommen: 1. Festlegung einer neutralen Zone. 2. Der Bahnhof Radziwilischki bleibt für die Räumungszeit deutsch. 3. Zur Untersuchung der Zusammenstöße zwischen litauischen und deutschen Truppen tritt sofort eine gemischte Kommission in Rossinie zusammen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Hier wurden drei Unteroffiziere der deutschen Baltikum-Truppen verhaftet, die Nahrungsmittel aufkaufen wollten.

Essen. Die Einigkeit in der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung ist durch den Zusammenschluß der sogenannten „Essener" und „Berliner Richtung" im deutschen Arbeiterbund wiederhergestellt worden.

Newyork. Die Zahl der Streikenden in den Vereinigten Staaten beträgt bis jetzt 750 000.

§ **Zuchthaus für Schieber.** Das Sondergericht zur Bekämpfung des Wuchers beim Landgericht in Saarbrücken verurteilte heute den ehemaligen Bahnarbeiter, jetzigen Kaufmann Wilhelm Walther aus Nied a. M. wegen Schleich- und Kettenhandels zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, den 3. November 1919.

—(r) Der diesjährige Herbstmarkt weist einen außerordentlichen Umfang, einen überraschenden Reichtum an Buden, Karussells und anderen Vergnügungen aller Art auf; er bietet, im Vergleich zum verflossenen Frühjahrsmarkte, viel Abwechselungsreiches, Neues und Schönes. Es fehlen weder die Schieß-, Spiel und Ringwerfstände, sowie der beliebte „Haut den Lukas", noch Kuchen-, Leckereien- und Fischbuden. Wenn auch leider diesmal die Orgeldreher versagen, so sorgen doch die 4 Karussells für die entsprechend laute, energische Marktmusik und das nötige Gedudel. Auch die Luftschaukel hat ihren alten Platz wieder eingenommen, und sogar ein Zirkus, für uns ein besonders seltener Gast, sorgt für angenehme Unterhaltung. — Wer gestern also, wohlbewaffnet mit einer zweckentsprechend gefüllten Geldtasche den Markt durchwanderte, um seine verschiedenen Lockungen und Reize in ihrer ganzen Eigenart auf sich einwirken zu lassen, der hatte vollauf auf seine Kosten kommen können, wenn — ja eben, wenn nicht Petrus, dieser launenhafte mürrische Wettermacher, voll Neid und Mißgunst einen kalten, geradezu respektswidrigen Wind und, gegen Abend, sogar ein andauerndes Schneegestöber geschickt und dadurch alles in ein winterliches Kleid gehüllt hätte. Erwußte gar wohl, daß nicht jeder, wie die Jugend, die den Platz gestern mit weithallendem freudigen Jubel und Lachen erfüllte, es vermag, seine Unlustgefühle über eine blaugefrorene Nase, feuchtkalte Füße, „Eisbeine" usw. zu überwinden und sich vom Markttreiben und Trubel fortreißen zu lassen. — Der Markt war gestern deshalb, besonders von auswärts, auch nicht so zahlreich wie sonst besucht. — Hoffentlich entwickelt sich heute, am eigentlichen Markttage, ein regerer Verkehr, damit die echte Stimmung und Freudigkeit sich einstellen kann.

Zu dem Viehmarkte heute morgen auf „Thalen Weide" war, wohl infolge des kalten, winterlichen Wetters, nur verhältnismäßig wenig Vieh angetrieben. Der Handel gestaltete sich wegen der Grenzsperrung nicht so rege wie sonst, auswärtige Händler waren deshalb auch nicht so zahlreich erschienen. Für tragende Quenen wurden durchschnittlich 2300—2800 Mark bezahlt, bessere Tiere waren entsprechend teurer Hochtragende Kühe stellten sich auf 3200—3500 Mark. —

Ein Mann von Eisen!

47] Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

„Es ist mir lieber, sie bekommt einen Mann, der vielleicht ein wenig zu viel Eigenblut hat, als irgend eine wohldressierte Zierpuppe aus der Treibhausatmosphäre deiner Salons."

„Aber der Präsident Hartlebner sagt, er würde vielleicht seine ganze Praxis verlieren und sich als Anwalt unmöglich machen."

„Lala — das wollen wir abwarten! Und wenn, dann werden sie auch nicht verhungern, bis er irgendwo eine andere gefunden hat. So viel habe ich gottlob. Die Hauptsache ist, daß Maja glücklich wird!"

Am Vormittag sprach Flora für einen Augenblick vor. —

„Siebert muß Engelsheim auf einem Geschäftsgang begleiten, und beide kommen erst zu Tisch zurück", erklärte sie der Tante. „Da wollte ich die Zeit benützen, um euch allen rasch guten Tag zu sagen. Wie fühlt sich denn Papa daheim?"

„Sehr gut, wie es den Anschein hat. Übrigens kommst du heute gerade zu einem feierlichen Moment. Weißt du, wen wir erwarten?"

„Nun?"

„Doktor Haller! Er hat sich für zwölf Uhr angesagt und will Papa um Majas Hand bitten, die ihm auch gewährt werden wird."

Flor starrte ihre Tante fassungslos an.

„Das kann doch nicht dein Ernst sein?"

„Doch! Papa hat es mir selbst vor einer halben Stunde feierlich mitgeteilt. Maja ist übrigens mit Haller schon lange im reinen, und euer Vater kam sozusagen nur zurück, um seinen Segen zu erteilen."

„Das wird er nicht! Das darf er nicht!" rief Flor aufgeregt. „Haller als Schwager? Nein, nein! Ihr wißt ja alle nicht . . ."

Ohne den Satz zu vollenden, lief sie ... res Vaters Zimmer. Herr Rehmen, der allein war, blickte verwundert auf, als Flor so ungestüm bei ihm eintrat.

„Du, Flor?"

„Ja . . . Papa . . ." Die junge Frau warf sich auf einen Stuhl und fuhr noch ganz atemlos fort: „Tante Madeleine teilte mir soeben mit, was im Gange ist. Aber das darfst du nicht tun, Papa! Dieser Haller darf Majas Mann nicht werden, und wenn sie zehnmal vernarrt ist in ihn!"

„Sie ist nicht „vernarrt" in ihn, sondern liebt ihn!" sagte Herr Rehmen stirnrunzelnd.

„Meinetwegen. Obwohl . . . was weiß Maja von Liebe? Aber du weißt ja noch gar nicht, wer er ist! Er heißt ja in Wirklichkeit gar nicht Haller, sondern — Riemer! Hörst du, Papa? Riemer! Und er ist der Sohn jenes Doktor Riemer, mit dem Mama nach Amerika floh! Haller ist der Name seiner Mutter, den sie annahmen, als der Vater sie im Elend sitzen ließ. Dem kannst du Maja doch nicht geben! Der darf nicht in unsere Familie heiraten!"

Die abenteuerliche Flucht der beiden, denen dann der frühe Tod der schönen Frau so bald und unerwartet folgte — alles, alles stand wieder mit furchtbarer Deutlichkeit vor seiner Seele.

Und dem Sohn dieses Mannes sollte er nun sein Kind geben? Unmöglich! schrie es in ihm.

Aber dann wurde er ruhiger.

Der Sohn war anders als der Vater.

Und Maja liebte ihn . . .

„Ich würde sterben, wenn du uns trenntest!" hörte er ihre liebe weiche Stimme wieder sagen voll feierlicher Inbrunst. Flor trat zu ihm.

„Nun, Papa? Nicht wahr, du siehst ein . . ." begann sie, aber ein finsterer Blick machte sie verstummen.

„Ich sehe nur eines, Flor, daß du deiner Schwester aus irgend einem Grunde ihre Wahl mißgönnst. Vielleicht, weil du selbst dich für Geld verkaufstest und der Anblick ihrer reinen Liebe dir schmerzlich ist."

„Papa!" unterbrach ihn Flor, während Flammenröte ihr Gesicht überzog. Aber mit einer gebieterischen Geste hieß er sie schweigen.

„Laß das. Es ist ja auch gleichgültig. Du hast selbst getroffen und dich nicht warnen lassen. Handelt es sich jetzt um Majas Glück und das liegt in meinen Händen!"

„Wie? Du wolltest trotzdem . . ."

„Ich will vor allem jetzt dein Ehrenwort, daß das, was du mir soeben mitteilest, kein Mensch außer dir und mir erfährt. Du sagst — Haller weiß nichts. Das ist mir lieb. Er soll es auch durch uns nie erfahren und Maja erst recht nicht, versprich mir das!"

„Wenn du durchaus darauf bestehst . . . aber ich begreife dich nicht, Papa!"

„Vielleicht wirst du mich eines Tages begreifen, wenn du alt und grau bist wie ich", sagte Herr Rehmen mild. Menschenglück ist ein so seltener und kostbarer Artikel, daß er nicht zerstört werden darf durch die alte Schuld anderer. Und das Wort: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern", ist besser als jenes andere: „Auge um Auge, Zahn um Zahn!" Nicht wahr, du verstehst mich, Flor, und ich kann mich auf dich verlassen?"

„Da du es befiehlst, muß ich selbstverständlich gehorchen."

Es kam Flor nicht leicht an, dieses Versprechen zu geben. Die Worte ihres Vaters hatten einen Schleier von ihren Augen gezogen. Ja — die reine, heiße Liebe jener beiden rief schmerzliche Vergleiche in ihr wach. Das war es, was sie von Anfang an gegen diese Heirat eingenommen hatte. Jedesmal, wenn sie in Majas leuchtende Augen blickte, packte sie ein Gefühl des Neides.

Aber da half nun nichts. Ihr Trumpf, den sie mit so viel Mühe aus Flamm herausgefragt hatte, war wirkungslos geblieben. Die beiden würden glücklich werden, und sie mußte eben zusehen und still sein, denn ihre Lage war so, daß sie leider alle Ursache hatte, sich mit den Ihren auf guten Fuß zu stellen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

—Z Ueber der Reise der Verwundeten aus den Oldenburger Lazaretten nach hier waltet anscheinend ein Unstern. — Im vorigen Jahre konnten sie der Einladung nicht folgen wegen der Grippegefahr, jetzt, in der traurigen Zeit des Kohlenmangels und der Transportschwierigkeiten, muß der Auszug bis auf weiteres, jedenfalls bis nach dem 15. November, verschoben werden. Hoffentlich kann Westerstede seine Gäste dann aber auch endlich bei sich sehen!

—Z Oeffentliche Sitzung des Ortsausschusses am 1. November. Die Tagesordnung fand durch eine zweite Lesung des Statuts Erhöhung der Marktstättengelder betreffend ihre Erledigung. Für die Markttage einschl. Dienstag wird die Gassperre aufgehoben. Die schlechte Beschaffenheit verschiedener Ortsbrunnen wurde noch besprochen. Der Gemeindevorsteher will sich dieserhalb mit Fachleuten in Verbindung setzen. An der nächsten Versammlung der Feuerwehr werden Mitglieder des Ortsausschusses teilnehmen, um auch mit der Wehr über Abstellung der fehlerhaften Brunnen zu verhandeln.

—Gs Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: „Infolge eines Druckfehlers bei Abdruck der abändernden Verordnung betr. die ausnahmsweise Einstellung von Arbeitskräften ohne Vermittlung der Arbeitsnachweise besteht vielfach eine irrtümliche Auffassung über die zugelassene Ausnahme. Es sei deswegen zur Klarstellung darauf hingewiesen, daß einzig und allein bei Einstellung weiblichen Personals, soweit es für die Land- und Hauswirtschaft bestimmt ist, eine Befreiung von der Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises und von dem Verbot des Inserierens erfolgt ist. Hinsichtlich männlichen haus- und landwirtschaftlichen Personals behält es bei der Verordnung vom 22. 11. 18. sein Bewenden, wonach für die Einstellung die Benutzung des Arbeitsnachweises erforderlich und das Inserieren offener Stellen verboten ist."

□ **Himmelserscheinungen im November.** Die Jahreszeit der langen Nächte ist herangerückt. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 6 Uhr 56 Min. und 4 Uhr 30 Min., am 11. d. Mts. 7 Uhr 15 Min. und 4 Uhr 13 Min., am 21. d. Mts. 7 Uhr 33 Min. und 3 Uhr 58 Min. und am 30. d. Mts. 7 Uhr 48 Min. und 3 Uhr 49 Min. — Den Mond sehen wir im November ausnahmsweise in fünf Phasen: am 1. d. Mts. erstes Viertel, am 8. d. Mts. Vollmond, am 14. letztes Viertel, am 22. Neumond und am 30. erstes Viertel. In der Nacht vom 7. zum 8. d. Mts. findet eine partielle Mondfinsternis statt, die auch bei uns sichtbar sein wird. — Von den Planeten sehen wir am Morgenhimmel die hellstrahlende Venus in der Jungfrau, den Mars im Löwen, den Jupiter im Krebs und den Saturn im Löwen. — Der Fixsternhimmel zeigt sich jetzt dem Beschauer wieder in seiner ganzen winterlichen Pracht. Im Zenith finden wir in den Abendstunden die Kassiopeia, Andromeda und Perseus, im Westen Schwan, Leier und Adler, im Süden Walfisch, Fische, Eridanus und Wassermann, im Osten Zwillinge, Orion, Fuhrmann und Stier. — Am 22. November findet schließlich noch eine Sonnenfinsternis statt, die jedoch bei uns nur im westlichen Deutschland zu beobachten sein wird.

—Z **Bad Zwischenahn.** Wegen der Einstellung des Personenverkehrs vom 5. bis 15. Nov. wird der Unterricht in der hiesigen Landwirtschaftlichen Schule während dieser Zeit ausgesetzt. (S. Anzeige.)

—(g) **Oldenburg,** 2. November. Gegen die Torfschieber geht unsere Gerichtsbehörde mit Energie vor. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Seit einigen Tagen ist der Leiter einer hiesigen Kohlen- und Torf-Großhandels-Gesellschaft verschwunden. Gegen ihn besteht der begründete Verdacht, daß er sich in großem Umfange an Torfschiebungen beteiligt und bedeutende Einnahmen dadurch erzielt habe. Er sollte verhaftet werden, wurde aber nicht mehr angetroffen. Wie verlautet, ist er nach Holland entkommen. Die Ausfuhr von Torf ist jetzt ganz verboten. Auf den Grenzstationen sind besondere Gendarmen angestellt, die die Ausfuhr der Ladungen überwachen und ohne Erlaubnis keine Wagen abrollen lassen. Die gefälschten Frachtbriefe sind sämtlich für ungültig erklärt worden. Gegen die angeklagten Torferzeuger wird Anklage erhoben wegen unerlaubter Ausfuhr und Beamtenbestechung. Gegen den Beamten, der bei der Nahrungsmittelverteilungsstelle tätig war und widerrechtlich Frachtbriefe verkaufte, sowie gegen die Bahnbeamten wird Anklage erhoben wegen Vergehen im Amte. Die Voruntersuchungen werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

—w **Ihrhove,** 3. Novbr. Vom Zuge überfahren und getötet wurde heute früh die Ehefrau Gertrud Sibilla aus Hamm bei Kupferdreh. Die Frau, die mit einem 10jährigen Mädchen den Frühzug Emden—Reine ab hier 5,14 Uhr nach Hamm benutzen wollte, hatte sich verspätet, umging die Schranken bei der Straßenüberführung, wurde von der Maschine erfaßt und getötet. Das Kind blieb unverletzt.

Letzte Drahtnachrichten.

—w **Berlin,** 3. November. Das Luftschiff „Bodensee" ist in der Nähe von Wolmirstedt, nördlich von Magdeburg, glücklich gelandet. Das Luftschiff hat gestern seine fahrplanmäßige Fahrt nach Berlin gemacht, konnte hier aber wegen der starken Böen nicht landen, da die Windstärke bis zu 20 Sekundenmeter erreichte. Hierauf entschloß sich der Kommandant, weiter zu fahren, geriet aber in einen Schneesturm und landete in Wolmirstedt. Nach Einnahme von Benzin wird das Luftschiff seine Fahrt fortsetzen.

—w **Versailles,** 3. November. Wie „Temps" meldet, hat der Fünfer-Rat gestern beschlossen, von Deutschland als Ersatz für den den Alliierten durch die Vernichtung der Schiffe in Scapa Flow zugefügten Schaden eine gewisse Anzahl leichter Kriegsschiffe, Schwimmdocks, Krähne und andere zum Material der Flotte gehörigen Gegenstände zu verlangen.

—w **London,** 2. November. Nach einem vom Kriegsamt ausgegebenen Bericht hat die Armee Judenitsch ein Stück des in den letzten Tagen verlorenen Geländes südwestlich von Petersburg wieder erobert und 400 Gefangene gemacht. Die Verbindung zwischen Russen und Esten ist wieder hergestellt.

*

—w **Berlin,** 1. November. Verordnung betr. Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen. Mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversendung in Uebereinstimmung mit der Eisenbahnverwaltung der Länder hat die Reichsregierung angeordnet was folgt:

1) In der Zeit vom 5. bis 15. November 1919 einschl. ist auf sämtlichen dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspur-, halb- und Neben-Eisenbahnen der gesamte Personenzugverkehr einzustellen. Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unbedingt notwendigen Arbeiter-Verkehrs und des Vorort-Verkehrs der Großstädte.

2) Nach dem 15. November dürfen auf den zu 1 bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden. Der Reichsverkehrsminister hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.

Berlin, 1. November 1919.

Die Reichsregierung. Bauer. Schmidt. Bell.

Brasilien gibt die Kriegsgefangenen frei.

—w **Newyork,** 1. Nov. Die Times meldet aus Rio de Janeiro: 1340 internierte deutsche Offiziere und Matrosen sind in Freiheit gesetzt.

Ankunft von oberschlesischen Besatzungstruppen.

—* **Genf,** 1. Nov. In Brest sind gestern nachmittag mit dem Dampfer „Präsident Grant" 5000 amerikanische Truppen unter dem Kommando des Generals Sage angekommen. Die für Oberschlesien bestimmten Truppen werden zunächst von Brest nach Koblenz weiter befördet werden.

Abberufung der amerikanischen Abordnung?

—* **Rom,** 1. Nov. Der Washingtoner Korrespondent des „Messagero" berichtet, er erfahre aus gut unterrichteter halbamtlicher Quelle, daß die amerikanische Regierung beschlossen habe, die amerikanische Friedensdelegation aus Paris abzuberufen und die Verhandlung der noch ungelösten Fragen in Washington fortsetzen zu lassen (eine ähnlich lautende Meldung bringt auch die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune").

Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

—* **Kopenhagen,** 1. Nov. Der Kohlenstreik in den Vereinigten Staaten ist jetzt zur Tatsache geworden. Eine halbe Million Mann haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitswilligen sollen von Soldaten geschützt werden.

—* **Amsterdam,** 1. Nov. Der „Telegraaf" meldet aus Washington, daß Amerika die Kohlenausfuhr untersagte.

Der Kampf gegen den Alkohol in Amerika.

—* **Haag,** 31. Oktober. Der „Nieuwe Courant" meldet aus Newyork: Anläßlich der Annahme der Gesetzesvorlage zur Erzwingung der Durchführung des Alkoholverbots sind 500 bewaffnete Bundesbeamte in die Schenkwirtschaften der Stadt eingedrungen. Hierbei wurden zwei Bürger getötet und mehrere verwundet.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Westerstede
Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerstede.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amt Westerstede.

Westerstede, den 1. November 1919.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Reichsverordnung vom 28. Oktober d. J. mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zehntausend Mark bestraft wird, wer ohne Genehmigung eine Hausschlachtung vornimmt oder vornehmen läßt. Daneben bleibt die Beschlagnahme des Fleisches bestehen.

Es muß also außer der Geldstrafe stets auf Gefängnis erkannt werden. Münzebrock.

Der Gemeindevorstand.

Westerstede, den 3. Nov. 1919

Am Dienstag den 4. d. M., vormittags 8 Uhr, soll im Hause des Schlachters Voigt hierselbst auf der Freibank

das Fleisch

einer Kuh zum Preise von 1,50 Mark bis 2 Mark an Minderbemittelte verkauft werden. Lanje.

Schulvorstand. Westerstede, 3 November.

Zu einer am Donnerstag den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Cordings Hotel stattfindenden

Schulvorstands-Sitzung

betr. ungeteilten Unterricht, wird das Lehrerkollegium der hiesigen Volksschulen hiermit eingeladen.

Lanje.

Der Gemeindevorstand.

Zwischenahn, den 31. Oktober 1919.

Die öffentlichen Wege der Gemeinde, als Gemeindechausseen. Gemeinde Fahr- und Fußwege sind in schausteien Stand zu setzen.

Wer in seiner Wegpflicht säumig befunden wird, hat Geldstrafe und Beseitigung der Mängel auf seine Kosten zu gewärtigen.

Die Bezirksvorsteher wollen kündigen lassen.

Feldhus.

Vom 1. November ds. Js. an sind einschließlich des Beerdigungsgeläuts für Anfertigung

eines großen Grabes 8 Mark,
eines kleinen Grabes 4 Mark

zu entrichten. **Der Kirchenrat.**

Landesfleischstelle Oldenburg.

Nachdem die Ausfuhr von Rindern aus dem Landesteil Oldenburg aus besonderen Gründen völlig gesperrt werden mußte, wird die Frist, bis zu welcher die freihändig zu verkaufenden Rinder abgegeben werden müssen, über den 1. Dezember 1919 hinaus auf vorläufig unbestimmte Zeit verlängert.

Für die noch rückständigen Verkäufe wird eine neue Frist demnächst zu gegebener Zeit festgesetzt werden.

Oldenburg, 1919 November 1.

Hennings.

Zur Abstimmung in Nordschleswig.

Annähernd 10 000 Stimmen in Nordwestdeutschland haben sich nicht zur Abstimmung gemeldet!

Es kann nicht die Absicht der säumigen Schleswiger sein, ihr Land durch Gleichgültigkeit dem Freinde zu überlassen. Es ist hohe Zeit, daß sich jeder zur Abstimmung meldet. Der Deutsche Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein hat die Sammlung der Abstimmungsberechtigten übernommen und in allen größeren Städten mit den örtlichen Vereinen der Schleswig-Holsteiner Geschäftsstellen eingerichtet. Für **Nordwestdeutschland** befindet sich diese **Geschäftsstelle in Bremen,** Altenwall 21, die den Abstimmungsberechtigten mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Für die Abstimmer werden Fahrkarten 3. Klasse für die Hin- und Rückfahrt mit 14tägiger Gültigkeit ausgegeben, sowie für freie Verpflegung und Unterkunft auf Wunsch gesorgt. Bei den Geschäftsstellen sind vorschriftsmäßige Formulare zu haben, die ausgefüllt und von der Polizeibehörde, bezw. vom Gemeindevorsteher beglaubigt werden müssen. Die Geburtsscheine, und Trauscheine bei Frauen, müssen vorgelegt werden. Sie werden von den Geschäftsstellen mit dem ausgefüllten Formular zum Deutschen Ausschuß in Flensburg gesandt, von wo aus die Bestätigung an die Stimmberechtigten erfolgt, daß die Scheine eingegangen und an den Vertrauensmann des Deutschen Ausschusses in dem Geburtsort abgesandt sind. Der Gemeindevorsteher bezw. Vertrauensmann der Ortschaft bestätigt die erfolgte Eintragung der Stimme in die Stimmliste des Ortes. Kurz vor der Abstimmung erhält der Abstimmler vom Deutschen Ausschuß ein Ausweis-Formular, das derselbe mit einer Fotografie zu versehen hat.

Für die Abstimmung kommen die nachfolgenden Kreise in Frage:

1. Zone Kreis Hadersleben, Sonderburg, Apenrade, nördl. Hälfte von Tondern, Teile von Flensburg und die Nordseeinsel Röm,
2 Zone Südliche Hälfte von Tondern, Flensburg-Stadt, Teile von Flensburg-Land, Nordteile vom Kreise Husum, außerdem die Inseln Sylt, Föhr und Amrum.

Nordschleswiger erhaltet Eure Heimat dem deutschen Vaterlande! Kommt zur Abstimmung, ehe es zu spät ist!

Eile tut not!

Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein Geschäftsstelle Bremen, Altenwall 21.

Kartoffel-Abnahme in Zwischenahn.

Der große Bedarf der Städte an Kartoffeln erfordert nach Mitteilung d. Landeskartoffelstelle eine umfangreichere Ablieferung wie bisher.

Abnahmetage wie sonst. Umgehende Anmeldung erbeten.

Diejenigen, die Kartoffeln eingemietet haben, wollen sich zwecks Abschließung der Einmietungsverträge ebenfalls umgehend melden.

L. Hullmann.

Butterkarten-Ausgabe

Mittwoch nachmittag.

Molkerei Westerstede.

Kalkmergel

bester Misburger sofort ab Lager lieferbar.

Oldenburg-Ostfriesische Kohlen- u. Brikett-Vertriebsgesellschaft m. b. H. **Oldenburg, Handelshof.**

Fernspr. 53, 54 u. 154.

Die Jagd

auf meinen Ländereien ist strengstens verboten.

Eggeloge. D. Ulken.

Nordedewecht 1. Zu verkaufen eine größere Partie

Eichpfeifern.

Georg Oltmanns, Viehdamm.

Halsbek.

Soeben eingetroffen ein großer Posten **englische Militär-**

Fahrraddecken und Schläuche,

besonders gute Ware, sowie deutsche Fahrraddecken fassung, sehr leicht laufend.

W. Röben.

Zu verkaufen farbenreines

Bullkalb.

Friedrich Schnieder, Sielstroh bei Burgforde.

Eine Junge, im März kalbende

Milchkuh

zu verkaufen. **Bacer, Godensholterfeld.**

Südedewecht.

Empfehle meinen angekörten

Ziegenbock

zum Decken.

Johann Schröder.

Gesucht zum 1. Februar wegen Verheiratung meines jetzigen ein erfahrenes, zuverlässiges

Mädchen

für Haus und Garten.

Tierarzt **Dr. Feldhus, Zwischenahn.**

Krankenhaus Westerstede.

Gesucht zum 1. Dezember ein

Märter.

Der Vorstand.

Gesucht auf sofort oder später ein

Dienstmädchen

von 16 Jahren,

zu 1. Mai 1920 ein

Dienstknecht

von 16 Jahren.

Frau Ww. **B. G. Gerdes, Tange.**

Arbeitsverm. Westerstede.

5-6 Tagelöhner,

hauptsächlich zur Uebernahme von Akkordarbeiten per sofort gesucht. **Gutsverwaltung Carolinenhof Barßel.**

Arbeitsvermittl. Westerstede.

Neu eingetroffen

Damen-, Herren- und Kinder-

Schirme

sowie

Spazierstöcke.

J. D. Harms Nachf.

Gummiwaren

Mutterspritzen, Frauenspritzen, sanitäre **Frauenartikel.**

Anfragen erbeten. Versandhaus **Heusinger, Dresden 400** Am See 37.

Klavierstimmen, Reparaturen.

Carl Tapken, Oldenburg-Donnerschweerstr. 44.

—— Fernruf 288. ——

Landesbibliothek Oldenburg

Immobil-Verkauf.

Schuhmachermeister **J. Neemeyer** in **Westerloy** beabsichtigt von seinen daselbst belegenen

Immobilien

mit Antritt auf Mai n. J. zu verkaufen:

1. das von ihm bewohnte, fast neue, praktisch eingerichtete und mit elektrischer Lichtanlage versehene **Wohnhaus,** mit 8,53 Ar Gründen,
2. den zwischen Buhrs und Bohemanns Gründen belegenen **Garten,** groß 18,37 Ar.

Beide Immobilien sind äußerst günstig an der Chaussee, inmitten des Dorfes belegen, das Wohnhaus — bei der Schule — eignet sich insbesondere auch für einen Handwerker. Der zu 2 genannte Garten enthält einen schönen Bauplatz. — Der Verkauf kann einzeln oder auch zusammen geschehen.

Termin zum öffentlichen Verkauf steht an auf

Donnerstag den 6. Novemb.,

nachm. 3 Uhr,

in Buhrs Wirtshause zu Westerloy.

Bei hinlänglichem Gebot kann in diesem Termin der Zuschlag sofort erteilt werden.

Westerstede.

G. Koch, Aukt.

Oeffentlicher Verkauf.

Apen. Frau **Witwe N. Kroon** hiers. läßt am

Freitag d. 7. Novbr.,

nachm. 2½ Uhr,

in und bei ihrer Wohnung

1 Milchkuh,

1 eichen. Kleiderschrank, 1 Dezimalwage, 1 Kartoffelpflug, 1 Egge, 1 Jauchefaß, 1 Häckselmaschine, 2 paar Kreiten, 1 neues u. 1 gebrauchtes Pferdegeschirr, 1½schläfriges Bett, 1 Kinderbett mit Bettstelle, 2 Tische, 1 Kinderstuhl, 1 Kopierpresse, 1 Vervielfältigungsapparat, 1 Lichtpauschapparat, 1 Wandtafel, 1 Brennenringform 100×80 Zmtr. Weite und was sich sonst noch alles vorfind n wird,

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist durch mich verkaufen.

Kaufliebhaber ladet ein

Janssen, Aukt.

Zu verkaufen ein

Schwein

(auch geeignet zum Weiterfüttern). **W. Gerken, Augustfehn,** Poststraße.

Apen.

Meinen angekörten

Schafbock

empfehle ich zum Decken. Deckgeld 4 Mark.

Friedr. Wilh. Meyer.

Automobil

zu kaufen gesucht, Modell 1913—14, zwei- bis sechssitzig. Steuer P. S. 6 bis 15.

F. Lübbers, Oldenburg i. O., Fernsprecher 305.

Landwirtschaftliche Winterschule zu Zwischenahn.

Der Unterricht in der Landwirtschaftlichen Schule fällt, da der Personenverkehr vom 5. bis 15. ds. Mts. eingestellt wird, bis auf weiteres aus.

Schulbeginn wird noch bekannt gegeben

Heinen.

Knaben-Anzüge

Reizende Neuheiten.

43 M.	48 M.	53 M.	63 M.	73 M.	83 M.	93 M. etc.

Schul-Anzüge, Falten-Anzüge, Joppen-Anzüge, Kieler Anzüge, Kieler Mäntel, Loden-Mäntel, Knaben-Ulster, Hosen-Sweter

Nur beste Qualitäten.

M. SCHULMANN,

38 Achternstr. **Oldenburg.** Achternstr. 38

Der Landwirt **Wallrich Tammen** in **Groß-Sander** will am

Freitag den 7. November ds. Js.,

nachmittags 2 Uhr,

im Twiest'schen Hause in Groß-Sander folgende in der Gemarkung Groß-Sander z. T. direkt an der Chaussee Remels-Westerstede belegenen

Grundstücke

öffentlich freiwillig verkaufen lassen:

1. **Grete,** Wiese. Kartenbl. 7 Parz. 2, gr. 1,5617 Hkt.
2. Oberhalb d. Richtmoor. 4 Parz. 24, gr. 2,8629 Hkt. mit einem Hause,
3. Oberhalb d. Richtmoor. 4 Parz. 25, gr. 2,8532 Hkt.
4. „ „ „ 4 „ 27 „ 2,8638 Hkt.
5. „ „ „ 4 „ 28 „ 2,8686 Hkt.
6. Große Winterbahn 6 „ 178 „ 2,8713 Hkt.

Kartenblatt 4 Parzelle 24 und Kartenblatt 6 Parzelle 178 enthalten größtenteils schwarzen Torf. Sämtliche Parzellen liegen in einem Komplex beim Hause.

In diesem Termin erfolgt bei annehmbaren Geboten bestimmt der Zuschlag.

Remels, den 1. November 1919.

Schröder, beeid. öfftr. Aukt.

Holzbestände

in jeder Größe, (Eichen, Buchen, Birken, Kiefern) zu kaufen gesucht.

Geld wird sofort beim Abschluß gezahlt.

Offerten unter Nr. 9928 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kognak

Weinbrand u. Verschnitt, Qualitäten vorzüglich, — — — empfiehlt sehr preiswert — — —

Heinr. Deeken.

Querenstede.

Meinen von Herrn W. Lüers-Hüllstede angekauften

Eber

— Nandfried Nr. 1526 — empfehle ich zum Decken.

Joh. Klostermann.

Aperberg.

Meinen jungen, von Gehrels-Edewecht angekauften, sowie meinen anderen

Eber

halte ich zum Decken empfohlen.

Georg Bremer.

Bezugs-Genossenschaft Linswege

Am **Dienstag den 4. d. M.,** von morgens **8 Uhr** an, Ausgabe von

Bettbezügen, Bettlaken und Schlafdecken,

nur an Genossen und nur gegen bar, im Hause des Geschäftsführers.

Von **4 Uhr** an Ausgabe von

schwefelsaurem Ammoniak

nur für Linswege-Burgforde gegen bar. **Der Vorstand.**

Bezirks-Verein Ammerland-Saterland.

Am Sonnabend den 8. d. M., nachmittags 2½ Uhr,

Konferenz

in Zwischenahn (Hof von Oldenburg).

Verhandlungsfolge: 1) Mitteilungen, 2) Wahl der Vertreter zur Abgeordneten-Versammlung, 3) Anträge des Oldenburger und deutschen Beamtenbundes. 4) Konfirmandenunterricht, 5) Organistendienst, 6) Bericht des Ausschusses betr. Beamten- und Schulgesetz, 7) Wahl des Ausschusses für Jugendpflege.

Der Vorstand erbittet allseitige Beteiligung. **Stindt.**

Hobeldielen, Stabbretter, Schalholz, Schallatten, Dachlatten, sowie **rauhe Dielen** in jeder Stärke und Breite empfiehlt billigst

Karl Hinrichs,

Westerstede.

Durch Abschluß mit einer größeren Firma bin ich in der Lage, sämtliche Materialien zu billigsten Preisen zu liefern.

Für

Steckrüben

zahle **höchsten Preis.** Abnahme nächsten Donnerstag, Freitag, Sonnabend.

Anmeldungen umgehend erbeten.

G. Hanken,

Westerloy.

Steckrüben

Die erste Ladung ist heute eingetroffen.

O. & W. Bruns,

Augustfehn.

In neuen und gebrauchten

Jagd-Gewehren

große Auswahl.

Jagd-Patronen billig.

Wilh. Müller,

Detern.

Kainit

14% zu Mk. 4.— per Zentner sofort in jeder Menge ab Lager lieferbar. Die Abnehmer von Kainit werden der Reihe nach bei den Verteilungen von

Thomasmehl

entsprechend der abgenommenen Menge Kainit berücksichtigt.

O. & W. Bruns,

Augustfehn.

Manchester-Hosen,

extra schwere Qualität, sind eingetroffen.

M. Schulmann,

38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38

T.G.O. Zwischenahn. T.G.O.

Tanz- und Anstands-Kursus

für Anfänger und Fortgeschrittene.

Beginn der Kurse am **Mittwoch d. 5. Nov.,** abends 8½ Uhr

— Meyers Hotel. —

Anmeldungen daselbst erbittet bis Sonntag den 2. Novbr.

T.G.O. **Th. Osterwind,** Oldenburg, Kanalstr. 4. T.G.O.

Deutsche demokrat. Partei,

Ortsgruppe Westerstede.

Am Sonntag den 9. November, nachmittags 4 Uhr,

Haupt-Versammlung

in **Henkens** Gasthof, **Westerstede.**

Tagesordnung:

1. Festsetzung der Satzungen.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Festsetzung der Vortragsabende für Winter 1919.
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder, besonders die Frauen, werden eingeladen, sämtlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Deutsche demokrat. Partei,

Ortsgruppe Westerstede.

Oeffentlicher Vortrag

des Landwirts Herrn

Wachhorst de Wente

Mitglied der Nationalversammlung,

am Sonntag den 9. November,

abends 6½ Uhr,

in **Westerstede** (**Henkens** Saal). — **Freie Aussprache.**

Der Vorstand.

Abhanden gekommen aus der Weide bei Klampen ein **Rind,** schwarz mit Stern. Auskunftgeber erhält gute Belohnung.

Chr. Martens, Apen.

Frauen-Verein Westerstede.

Wegen Einstellung des Personenverkehrs auf der Bahn kann die Verwundetenfeier erst nach dem 15. ds. Mts. stattfinden. Die angebrachten Sachen werden bis dahin zurückgestellt. **Der Vorstand.**

Dr. Rosenthal,

Arzt, **Zwischenahn**

wohnt jetzt **„Unter den Eichen",** am Wege nach Dreibergen, in dem ehem. Bungerschen Hause.

Sprechstunden: 8—10.

— Fernsprecher 237. —

Einschlag eines Holzbestandes

(Brennholz), sowie **Anfuhr zur Bahn** zu vergeben.

Nähe Zwischenahn.

Gebr. Meyer,

Dampfsäge- und Hobelwerk,

Oldenburg i. O.

Geld verleiht reeller Selbstg. a. sich. Leute, monatl. Rückzahlung. **J. Maus, Hamburg 5.**

Gemischter Chor Westerstede.

Nächster Singabend am Montag den 10. November, abends 8 Uhr.

Kriegsbesch.-Verein f. d. Gemeinde Apen, Sitz Augustfehn.

Am Mittwoch den 5 Novbr, abends 6 Uhr, findet in Meins Gasthof ein

Beratungsabend

statt. **Der Vorstand.**

Langebrügge!

Sonntag den 9. Nov. findet im Saale des Herrn Keilers **Die Enthüllung aus dem Reiche der 2. Dimension, ein Wunder der Anatomie.** Magische Zauber- und Illusionsakt und Hypnose, sowie die Lichtverwandlungskünstlerin in ihrem Wandelakt und Flammentanz. Urkomische Erscheinungen.

Ausgeführt von

:: Dir. Houdini. ::

Es sei hiermit ein Besuch dieses Abends wärmstens empfohlen. — Siehe Anzeige in der Freitags-Nummer, den 7. November.

Howiek.

Am Sonntag den 7. Dez.

Ball,

wozu freundl. einladet

H. Bruns,

Für die uns anläßlich unserer Hochzeitsfeier erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen herzlichen Dank.

Otto Gille und Frau, Martha geb. Fortmann.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Otto Gille u. Frau

Martha geb. Fortmann.

Westerstede, den 1. Nov.

Landesbibliothek Oldenburg

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.

Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 259. Westerstede, Mittwoch den 5. November 1919. 59. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die deutsche Delegation für Washington steht nun endgültig fest. Als Regierungsvertreter reisen: Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Reichswirtschaftsminister a. D. Rudolf Wissel, als Vertreter der Gewerkschaften der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Graßmann, als Vertreter der Unternehmerorganisation Direktor Regenbogen, Kiel. Als Sachverständige reisen mit von seiten der Regierung Geheimer Oberregierungsrat Dr. Leymann, Geheimer Regierungsrat Dr. v. Lewinski, Professor Dr. Ernst Francke, Professor Dr. Alfred Manes. Als technische Berater der Arbeiterverbände sind bestimmt die Arbeitersekretäre Abgeordneter G[illegible]enz, Brauer und Fräulein Hanna [illegible]. Beirat für den Unternehmervertreter ist Dr. Tänzler.

+ Abschiedsgruß an die Schutztruppen. An die nunmehr aufgelösten Schutztruppen hat der Kolonialminister einen letzten Erlaß gerichtet, indem er auf die von ihnen erfüllten Kulturaufgaben hinweist, und dann weiter sagt: „Glänzend sind die Taten der Schutztruppen im Weltkriege gewesen. Im Buch der Geschichte ist eingetragen, wie Deutschlands Söhne, fern der Heimat auf verlorenem Posten, sich einer Übermacht von Feinden erwehrten. Ewiger Dank des Vaterlandes gebührt den Helden. Dank auch den deutschen Frauen, die in selbstlosem Wirken um das Wohl der kämpfenden Männer der eigenen bitteren Not nicht achteten. Dank schließlich den treuen Farbigen, die, um das schwarz-weiß-rote Banner geschart, lieber den Heldentod starben, als ihre deutschen Führer verrieten. Sie lohnten die ihnen erwiesenen Wohltaten und stete treue Fürsorge. Der Geist unserer Landsleute dort draußen soll und wird uns den Mut und die Zuversicht geben, daß deutsche Tüchtigkeit und deutsche Kraft, daß die Liebe zum Vaterlande und das Gefühl der Pflicht uns auch aus den gegenwärtigen Nöten wieder heraus- und emporführen werden. Er verbürgt uns, daß der stolze Glanz und das achtunggebietende Ansehen des deutschen Namens in fernen Erdteilen dereinst wieder in hellerem Licht erstrahlen wird."

+ Reichsnotopfer und Entente. In der Deutschen Juristen-Zeitung beschäftigt sich Gerichtsassessor Dr. Pünder-Berlin mit dem in letzter Zeit vielfach erörterten Problem „Reichsnotopfer und Entente". Es sei auf die bemerkenswerte Untersuchung der Frage hingewiesen, die den Verfasser zur Feststellung folgenden Ergebnisses veranlaßt hat: „Zusammenfassend sei gesagt, daß die Entente, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, aus dem Friedensvertrag kein Recht auf das Reichsnotopfer herleiten kann; die nebenher bestehenbleibende Möglichkeit, daß die Feinde als unbeschränkte Inhaber der tatsächlichen Macht sich über diese rechtlichen Gesichtspunkte hinwegsetzen könnten, darf uns nicht beirren, die zur Gesundung unserer Finanzen und damit zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes als notwendig erkannten Maßnahmen durchzuführen."

+ Untersagung der deutsch-polnischen Grenzberichtigung. Wie verlautet, hat der Oberste Rat beschlossen, keine deutsch-polnischen Grenzberichtigungen anzuerkennen, falls die Polen mit Deutschland über diese Frage in Verhandlungen eintreten. Der Rat besteht angeblich darauf, daß die durch den Versailler Frieden festgelegten Grenzen endgültig und unabänderlich seien.

+ Massenausweisung aus Elsaß-Lothringen. Nach einer Meldung aus Kehl erhielten 8350 Einwohner von Elsaß-Lothringen den Befehl Millerands, das Elsaß innerhalb 6 Wochen zu verlassen. Es ist dies die dritte größere Ausweisung von Deutschen aus dem Elsaß seit dem Friedensvertrag von Versailles.

+ Deutschenmorde im belgischen Gebiet. Am 24. Oktober abends wurden die Werkmeister Otto und Joseph Wehr, zwei Brüder, auf der Heerdter Landstraße von zwei belgischen Soldaten angehalten und nach ihren Pässen gefragt. Als sie diese hervorholen wollten, gaben die Belgier drei Gewehrschüsse auf sie ab, wodurch die beiden Brüder im Rücken getroffen und schwer verletzt wurden.

Deutsch-Österreich.

× Vereitelter Monarchistenputsch. Die Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlicht den Wortlaut der von Friedrich Adler auf dem sozialistischen Parteitag erwähnten Maßnahmen für eine monarchistische Erhebung. Sie gehen von einem sogenannten Freiwilligen-Schutzwehrverband aus. Die Aktion sollte auf die geheime Losung „Gedenktag" einsetzen. Die Arbeiter-Zeitung erfährt dazu, daß die Regierung die Untersuchung sofort eingeleitet und eine Reihe von verdächtigen Personen vernommen hat. Die Volkswehr in Wien habe in Massenversammlungen in allen Kasernen der Garnison gegen diesen Plan Stellung genommen.

Frankreich.

× Die Verluste vor Verdun. Aus den fortgesetzten Veröffentlichungen der stenographischen Protokolle der vertraulichen Kammersitzungen vom Juli 1916 geht hervor, daß die Verteidigung Verduns den Franzosen mehr Blut kostete als der Angriff den Deutschen. Die Franzosen verloren damals vor Verdun 800 000 Mann, die Deutschen 700 000 Mann.

Aus In- und Ausland.

Rom. Für die Kammerwahlen wurden von den Offiziellen Sozialisten 450 Kandidaten aufgestellt, von der katholischen Volkspartei 350.

Haag. Die Erste Kammer hat einstimmig die Gesetzvorlage, die einen Arbeitstag von 8 Stunden und eine Arbeitswoche von 45 Stunden vorsieht, angenommen.

Warum Amerika in den Krieg ging.

Zur Rettung Englands.

Zu der Frage, warum Amerika in den Krieg ging, hat sich auch der letzte österreichisch-ungarische Botschafter in Washington, Graf Tarnowski, geäußert. Dieser sagt nämlich:

Die Überzeugung habe sich immer mehr durchgerungen, daß man aktiv in den Kampf eingreifen müsse, um England zu retten. Nicht der U-Boot-Krieg als solcher, sondern die Befürchtung, daß England durch die U-Boote den Krieg verlieren würde, habe die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten veranlaßt.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, bemerkt dazu: „Dem Grafen Tarnowski, der heute die auswärtige Politik in Warschau leitet, und der sich schon damals, wie er selbst erklärte, in erster Linie als Pole fühlte, darf man wohl ein objektives Urteil zutrauen, und man muß sich fragen, ob eine amerikanische Friedensvermittlung nicht unter allen Umständen einen proenglischen und antideutschen Charakter gehabt haben würde und ob sie für uns zu einem annehmbaren Resultat hätte führen können."

Das Saarbecken bleibt deutsch!

Kein Austausch gegen Kolonialbesitz.

Von zuverlässiger Seite sind der deutschen Regierung Nachrichten zugegangen, daß im Saargebiet Gerüchte verbreitet werden, wonach die deutsche Regierung an die französische mit dem Anerbieten herangetreten sei, das Saargebiet schon jetzt gegen Überlassung entsprechenden Kolonialbesitzes endgültig an Frankreich abzutreten. Selbstverständlich ist an dieser schamlosen Behauptung kein wahres Wort.

Die deutsche Regierung vertraut darauf, daß der gesunde Sinn der Deutschen im Saargebiet selbst die Möglichkeit eines solchen Planes nicht in Betracht zieht. Deutschland vergißt das Saarbecken nicht und ist überzeugt davon, daß das Saargebiet auch in diesen schweren Zeiten sein Deutschtum hochhalten und seine Zugehörigkeit zum Mutterlande stets betonen wird.

Das Zusatzprotokoll.

Neue Schuldbekenntnisse verlangt.

Zur Verlängerung der Gültigkeit der von uns angeblich nicht erfüllten Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrages soll nach französischen Blättermeldungen Deutschland in einem Protokoll anerkennen:

1. daß es eine Kompensation schulde für die von Scapa Flow versenkten Schiffe,
2. daß ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmaterials nicht abgeliefert worden sei,
3. daß Deutschland nicht die vollständige Zahl der Handelsfahrzeuge ausgeliefert habe, besonders die vorgeschriebenen Tankschiffe,
4. daß Deutschland Fahrzeuge an neutrale Mächte verkauft habe, und
5. daß es sich geweigert habe, die Listen derjenigen Titel und Werte abzuliefern, die die deutschen Truppen aus dem besetzten Frankreich und Belgien mitgenommen hatten.

Außerdem soll Deutschland anerkennen, daß es seiner Verpflichtung, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, noch nicht nachgekommen sei.

Die Räumung des Abtretungsgebietes.

Der erste Räumungstag.

Nun ist auch die Frage der militärischen Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete durch die deutschen Truppen vertraglich geregelt worden. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten übrigens davon abhängig ist, daß der Gesamtvertrag mit Polen zustande kommt, ist in Berlin unterzeichnet worden.

Der polnische Vormarsch beginnt hiernach erst am siebenten Tage nach Niederlegung des Protokolls über die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem ab die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.

Vom ersten bis zum dritten Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schönsee—Culmsee—Bromberg—Nakel—Usch mit der Stadt Thorn von den Polen besetzt; die Stadt Thorn wird am Mittag des zweiten Tages von uns geräumt. Zwischen dem vierten und siebenten Tag wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besetzt, und zwar Kulm am sechsten, Graudenz am siebenten Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am vierten Tage), Nakel, Krotoschin und Wirsitz und das Land nördlich davon bis zur Linie Culm nördlich Zempelburg besetzt. Der achte Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem neunten und zwölften Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie südlich Dirschau—Pr. Stargard—Czersk—südlich Tuchel—südlich Konitz räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.

Die Folgen der Verkehrssperre.

Berlin. Das Preußische Eisenbahnministerium weist darauf hin, daß die Verkehrssperre vom 5. bis 15. November bedeutende wirtschaftliche Folgen haben werde. So werde der ganze Post- und Paketverkehr ganz erheblich verschlechtert, da alles nur mit den langsam fahrenden Güterzügen befördert werden könne.

Nationalverband deutscher Gewerkschaften.

Berlin. Ein „Nationalverband deutscher Gewerkschaften", Sitz Berlin, ist vom deutschen Arbeiterbund (Abteilung Industriearbeiter, Bergarbeiter u. a.), dem Deutschen Landarbeiterbund, dem Bund der Bäcker- und Konditorgehilfen und dem Zentralverband Seemännischer Berufsvereine gebildet. Der Anschluß weiterer Vereine steht in Aussicht. Obmann des Arbeitsausschusses ist Gewerkschaftsvorsitzender Heß. Der Nationalverband bezweckt die Ausbreitung und Stärkung der wirtschaftsfriedlichen Arbeits-Volksgemeinschaft erstrebenden Gewerkschaften Deutschlands.

Rückkehr der Zivilinternierten.

Berlin. Die schweizerische Gesandtschaft in Paris drahtet, daß nach einer Mitteilung des Ministeriums des Äußern die französische und die belgische Regierung die in Frankreich und Belgien internierten deutschen Zivilgefangenen gleichzeitig freigegeben werden.

Übergriffe der Litauer.

Berlin. Wegen des Zusammenstoßes zwischen litauischen und deutschen Truppen bei Smiatete, wobei sechs reichsdeutsche Soldaten von litauischen Truppen getötet worden sind, sind bei der litauischen Regierung Vorstellungen erhoben und ein energisches Einschreiten gegen die Schuldigen und eine gründliche Aufklärung des Sachverhalts gefordert worden.

Eine Riesenschiebung.

Hamburg. In den hiesigen Kühlhäusern lagert für etwa 186 Millionen Mark Fleisch, Butter, Fett usw. Von diesen Sachen sind bereits für 6 Millionen verschoben worden, für etwa 20 Millionen fahren noch auf der Eisenbahn. Man hofft, die letzteren wiedererhalten zu können.

Ausweisung des Wiesbadener Oberbürgermeisters.

Wiesbaden. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armee hat den Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Gläßing, seines Amtes enthoben und ihn aus allen von den alliierten Armeen besetzten Gebieten ausgewiesen. Als Grund wird Dr. Gläßing zur Last gelegt, daß er durch schlechte Verwaltung und Unvorsichtigkeit viel zur schlimmen Lage in der Kohlenversorgung Wiesbadens beigetragen habe. Auch soll er die französischen Behörden von Zuständen, die die Tätigkeit der hiesigen Dienstzweige und die öffentliche Ordnung gefährden können, erst zu spät in Kenntnis gesetzt haben. Diese Behauptungen der Franzosen sind natürlich nur hohle Ausrede.

Auszug der Bolschewisten nach Asien.

London. „Times" berichtet aus Omsk, daß sich die weißen Truppen unter dem Druck einer großen bolschewistischen Übermacht zurückziehen. Die Bolschewistenführer scheinen die Absicht zu haben, ihr Hauptquartier in Zentralasien aufzuschlagen, wenn Europa für sie verloren geht.

Bolschewistische Schlappe zur See.

Stockholm. Eine halbamtliche Note meldet den Ausschiffungsversuch bolschewistischer Streitkräfte in der Bucht von Koporskazo, der jedoch von englischen und estnischen Kriegsschiffen vereitelt wurde. Drei bolschewistische Schiffe wurden versenkt.

Der nächste Krieg.

Mailand. Hier und in Rom gehen Gerüchte um, daß man am Vorabend eines Krieges mit Jugoslavien stehe. Die kriegerischen Vorbereitungen an der Grenze nehmen ihren Fortgang.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Der Zustand Haases ist hoffnungslos. Haase ist häufig schon ohne Bewußtsein.

Frankfurt a. M. Wie verlautet, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach Frankfurt a. M. der Sitz des Oberpräsidenten der neuen Provinz Nassau werden.

Haag. „Nieuwe Courant" meldet, daß Wilson das Krankenbett verlassen und das belgische Königspaar kurz begrüßt hat.

Warschau. Vor einigen Tagen haben zwei amerikanische Financiers dem polnischen Staate eine Anleihe von 200 Millionen Dollar in Gold angeboten. Die Verhandlungen sind so weit vorgeschritten, daß der polnische Finanzminister bereits einen Vorvertrag unterschrieben hat.

London. An Bord eines britischen Dampfers, der im Londoner Hafen eintraf, ereigneten sich acht Fälle von Beulenpest; auch in Buenos Aires ist Beulenpest ausgebrochen.

Kopenhagen, 2. November. Der Schnellzug aus Korsör stieß dicht vor Kopenhagen auf einen anderen Zug. Fünf bis sechs Wagen und eine Lokomotive stürzten die Böschung herab und wurden zertrümmert. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht festgestellt, wird aber auf mindestens sechzig geschätzt.

Landesbibliothek Oldenburg